

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1916

112 (13.5.1916)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgabe in d. Geschäftsstelle, in Baden od. am Postamt monatl. 75 P., 1/2 Jährl. 2,25 M., P. g. durch unsere Träger 85 P. bezu. 2,55 M., durch den Postbot. 80 P. bezu. 2,67 M., durch d. Feldpost 90 P. bezu. 2,80 M.; vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonnenzeile od. deren Raum 20 P. Abzählung 1000. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für gr. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Badische Anzeiger-Druckerei G. & Co., Karlsruhe.

Der Jugendparagraph und die Pädagogik.

Von Heinrich Schulz.

Bei den gegenwärtigen Beratungen des Reichstags über die Vereinsgesetze spielt neben dem Sprachenparagraphen der sogenannte Jugendparagraph wieder eine Hauptrolle. Nach dem neuen Gesetzesentwurf sollen die Jugendlichen zwar Mitglieder der Gewerkschaften werden können, sofern diese ihre Tätigkeit auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragen beschränken, von der Behandlung rein politischer Fragen absehen. Das Verlangen der Mehrheit des Reichstags nach dem Verbot der Jugendlichen aus dem Reichsbereich der Gewerkschaften hinaus. Darnach soll die vereinsgesetzliche Beschränkung für die über 18 Jahre alten Jugendlichen ganz fallen, jedoch ihnen auch die Beteiligung an politischen Vereinen frei stünde.

Gegen diesen Wunsch des Reichstags hat schon im vorigen Sommer der bekannte Oberstudienrat Kerschensteiner, der fortgeschrittliche Reichstagsabgeordnete für München, in großer innerer Erregung Einspruch erhoben; er wiederholt und verstärkt jetzt diesen Einspruch durch ein Schreiben an einen bayerischen Bundesratsbevollmächtigten, in dem er das dringende Verlangen ausdrückt, der Bundesrat möge in seiner Weise einer Milderung des bisherigen Zustandes zustimmen.

Kerschensteiner ist nicht der erste Beste, besonders nicht in pädagogischen Fragen. Er hat sich mannigfache Verdienste um den fortschrittlichen Ausbau der Pädagogik und der Schulorganisation erworben, vor allem um die Entwicklung der Fortbildungsschule in dem seiner Leitung unterstehenden Münchener Schulwesen. Wenn er deshalb in so auffällender Weise und mit erregten Worten für seine Auffassung eintritt, so darf man an den Ernst seiner Absichten glauben und seinen Gründen einen Augenblick Gehör schenken. Nachgeben kann man ihnen freilich nicht. Sie sind jetzt so wenig haltbar wie sie es im Sommer waren.

Kerschensteiner beruft sich auf zwei Beobachtungsreihen: auf seine praktischen Erfahrungen als Schulmann und als Politiker. Was er uns aus der ersten Beobachtungsreihe zu sagen hat, ist wertvoll genug, daß auch wir gern darauf hören. Kerschensteiner spricht hier aus einer Erfahrung von annähernd fünfzig Jahren, aus einem Leben voller freudiger Berufsarbeit und Pflichterfüllung, aus einem Herzen voller Liebe zur Jugend und zum Volk. So hoch diese Erfahrungen zu bewerten sind, so gering dagegen seine Erfahrungen aus der zweiten Beobachtungsreihe, aus seiner Vergangenheit als Politiker. Er sagt: „Auf der anderen Seite haben mir die letzten fünf Jahre, die mich ohne mein Zutun in den Kampf der politischen Parteien aus reinem Gefühle für meine staatsbürgerlichen Pflichten geführt haben, auch einen tiefen Eindruck in die Art und Weise gewährt, wie in den politischen Versammlungen, ja selbst in angeblichen unpolitischen Vereinsversammlungen, die Probleme der Staatspolitik, die sozialen Probleme, die Wirtschaftsprobleme, die Lohnfragen usw. ganz unvermeidlich behandelt werden. ... Gott bewahre unsere unreife Jugend vor dem Eindruck der meisten dieser Versammlungen, gleichviel von welcher Partei sie veranstaltet werden.“

Erst in den letzten fünf Jahren, also seit seiner Erwählung zum Reichstagsabgeordneten, die noch dazu ohne sein Zutun nur durch einen Appell an sein staatsbürgerliches Gefühl erfolgt ist, hat Kerschensteiner seine wichtigsten politischen Erfahrungen gesammelt. Was sind fünf Jahre für einen Politiker, besonders die verflochtenen fünf Jahre, von denen die beiden letzten noch obendrein als bürgerschaftlich-politischer Kriegsjahre mehr oder weniger abgezogen sind! Wenn ein Mann in reifen Jahren aus der Gelehrtenruhe und dem Schulhaufe heraus plötzlich auf den lärmenden Kampfplatz der Parteien tritt, mag ihn manches sonderbar amüsen, mag ihn das Drum und Dran, das handwerksmäßige Klappern mehr als nötig in die Augen und auf die Nerven fallen, mag er sich bald von dem Gallo, dem Waffengedröhn und dem Kriegsgeschrei des politischen Lebens in die Beschaulichkeit seiner früheren Tätigkeit zurückziehen, mag er als fürsorglicher Hausvater gern andere vor den eigenen bitteren Erfahrungen bewahren mögen. Ein Verlangen ist der politische Kampf natürlich nicht. Er erfordert starke Nerven und eine widerstandsfähige moralische Hornhaut, wie sich unter verstorbenen Schönkants einmal ausgedrückt hat. Es ist deshalb auch keineswegs erwünscht, daß junge Menschenkinder, denen die notwendigen Voraussetzungen für den politischen Kampf: geistige Einsicht, Festigkeit des Charakters und ein Bündel Lebenserfahrungen noch fehlen, vorzeitig auf dem politischen Kampfplatze erscheinen. Man tut ihnen selber damit den denkbar schlechtesten Dienst. Man bringt sie in die Gefahr, unter der Last der ungewohnten Aufgaben zusammenzubrechen oder man macht sie zu vorlauten und allfälligen Schwärmern. In jedem Falle raubt man ihnen ein Stück ihrer besten Entwicklungsjahre, in denen sie sich erst die innere Stärke für das spätere Leben und den politischen Kampf erwerben sollen.

Darin besteht auch nicht der Gegensatz zwischen uns und Kerschensteiner. Wir gehen auseinander, wo bei Kerschen-

steiner der erfahrene Pädagoge aufhört und der weniger erfahrene Politiker anfängt. Wir wünschen, daß die Fernhaltung der Jugend vom politischen Kampfplatz zugunsten ihrer inneren Entwicklung eine Sache der Erziehung bleibt, nicht aber zur Sache der Staatsgewalt und Polizeivollmacht gemacht wird. Gerade wir, die wir die Aufhebung des heimlichen § 17 verlangen, wir sprechen aus reicher und langjähriger politischer Erfahrung, nicht aus der dürftigen Ausbeute einer fünfjährigen und mehr beiläufigen politischen Tätigkeit. Wir wissen, wie unsere Jugendbewegung innerlich und äußerlich unter der Gesetzesbeschränkung hat leiden müssen. Außerlich, weil Schulmann und Gendarm sich in unsere Veranstaltungen drängten, innerlich, weil die Tendenz unserer Jugendbewegung zum großen Teil wider unsere Wunsch und Willen auf das negative Ziel der Befämpfung behördlicher Einmischung statt auf das positive Ziel der Belehrung, Klärung und Reifung der Jugendlichen gerichtet wurde. Wenn Herr Kerschensteiner will, daß auch weiterhin die proletarische Jugend im Kampf gegen Behörden und Schutzleute ein Gebiet ihrer Tätigkeit findet, wenn er die Jugend mitten in das wilde und oft wüste Getriebe des politischen Kleinkampfes hineintreiben will, so erreicht er dies am besten durch eine erfolgreiche Agitation gegen die Aufhebung des Jugendparagraphen. Umgekehrt aber wird die Jugendbewegung von einer lästigen Fessel befreit und ihren eigentlichen pädagogischen Zwecken zurückgegeben, wenn Strafgesetze und Gendarm nichts mehr mit ihr zu tun haben, sondern wenn sie lediglich zur erzieherischen Angelegenheit der Erwachsenen wird.

Wie wir uns mit dieser Auffassung nach rechts gegen Kerschensteiner wenden müssen, so auch nach links gegen solche Parteigenossen, denen die Orientierung der Jugendbewegung nach pädagogischen Gesichtspunkten nicht paßt, die vielmehr eine Politisierung der proletarischen Jugend im Sinne des Klassenkampfes wollen. Sie sehen in den schulentlassenen Jugendlichen nicht Erziehungsbedürftige, sondern lediglich junge Arbeiter und Sozialdemokraten, die möglichst rasch zur politischen Mitarbeit herangezogen werden müssen. Es soll in diesem Zusammenhange nicht auf den Gegensatz, der uns von dieser Auffassung trennt, eingegangen werden. Das wird zu seiner Zeit geschehen.

Aber auch die Gefahren, die der Jugend von links drohen, können in keiner Weise die Absichten Kerschensteiners rechtfertigen. Es wäre gerade auch um der klaren sachlichen Regelung unserer Differenzen in der Jugendbewegung willen tief beklagenswert, wenn der Ausnahmeparagraph bestehen bliebe. Es würde dadurch die pädagogische Ordnung unserer Jugendbewegung erschwert, ein fester Stein des Anstoßes läge der ruhigen Entwicklung im Wege.

Kerschensteiner schreibt zutreffend, „daß jede Partei ihre staatsbürgerliche Berechtigung hat und in ihrer Existenz nicht durch Staatsgesetze geschädigt werden darf“. Nun wohl, bisher ist die Arbeiterpartei durch das Staatsgesetz, das den Jugendparagraphen enthält, in ihrer freien Entwicklung geschädigt worden; denn dies Gesetz ist fast ausschließlich gegen sie und ihre Jugendbewegung angewendet worden. Es würde nach Lage der Dinge auch in Zukunft fast nur auf sie Anwendung finden. Kerschensteiner handle deshalb nach seinem Sinne und schaffe erst gleiches Recht für alle, indem er mit uns den hinterhältigen Jugendparagraphen beseitigt. Ueber erzieherische Maßnahmen zugunsten der schulentlassenen Arbeiterjugend wollen wir hinterher dann gern mit ihm ein Wort der Verständigung tauschen. Vielleicht können wir dabei ein Stück Weges gemeinsam gehen.

Ueber das Schicksal Liebknechts

schreibt Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Nard in einem Reichstagsbrief an die Frankfurter „Volkstimme“: „Das Schicksal Liebknechts erfüllt sich also noch etwas rascher als man voraussetzen konnte. Auch seine Bekämpfung durch den Reichstag auf wenige Wochen hätte im übrigen den Prozeß nicht aufhalten können, der ihm auf Grund seiner eigenen Eingekerkerten gemacht werden wird. Aus den im Auszuge vorgelegenen Untersuchungsakten ergibt sich nämlich, daß Liebknecht durch Verbreitung von Handzetteln und Flugblättern eine Kundgebung auf dem Potsdamer Platz in Berlin am 1. Mai abends gegen 9 Uhr hat veranstaltet, an der eine Anzahl von männlichen, namentlich aber weiblichen und jugendlichen Arbeitern teilnahm. Liebknecht selbst war im Zivilanzug anwesend. Er rief verächtlich: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ und wurde deshalb festgenommen, wobei er sich widersetzte. Bei einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung wurden noch eine Anzahl Handzettel und Flugblätter gefunden. Dies alles wird von Liebknecht als richtig eingestuft. Nur zieht er andere Schlussfolgerungen aus den zugestellten Tatsachen. Er hält sein Vorgehen für durchaus nicht strafbar und hat in einem längeren Schreiben aus dem Berliner Militäruntersuchungs-

gefängnis, in dem er sitzt, die aus seinen früheren Reden bekannte Begründung dafür zu geben versucht. Die Anklagebehörde dagegen sieht in seinen Handlungen entweder den Versuch des Kriegsverrats oder sogar die Vollendung dieses schweren Verbrechens. Das Flugblatt, das Liebknecht verbreiten half, enthält nämlich an mehreren Stellen die Aufforderung, gegen die deutsche Reichsregierung während des Krieges den schärfsten Kampf zu eröffnen, und zwar mit allen Mitteln, die der Masse zur Verfügung stehen. Die Anklage will nachweisen, daß dies ein Verbrechen ist, wie es § 80 des Strafgesetzbuchs in Verbindung mit § 92 des Militärstrafgesetzbuchs ahndet. Danach wird ein Deutscher, der vorwiegend während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder der Bundesgenossen desselben Nachteil zufügt, mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer, bei mildernden Umständen nur mit dieser Festungshaft bestraft. Das Militärstrafgesetzbuch verschärft diese Strafen noch, wenn die Tat von einem Soldaten im Felde begangen ist, was nach der Ansicht der bürgerlichen Juristen der Gefährdungs- und Verleumdungskommission aus Liebknecht und seine Handlungen zutraf, da er als beurlaubter Soldat unter dem Belagerungs- und Festungszustand gehandelt habe.

Es ist also möglich, daß Liebknecht für die Art und die Formen seiner Kriegsgegnererschaft schwer büßen muß. Deshalb waren alle Teilnehmer an der heutigen Kommissionsverhandlung unter dem Eindruck, daß es sich um eine menschliche Tragödie handele, die jeden mit Trauer erfüllen muß. Liebknechts Parteigenossen werden ihm schwer anrechnen, daß er das Maß seiner Kräfte so sehr überschätzt und andere zur gleichen Ueberschätzung verleitet hat. Er habe gerade als Jurist genau wissen müssen, daß er den Kampf gegen alle die kriegsführenden Regierungen nicht aufnehmen konnte, ohne als Deutscher zuerst und hauptsächlich der deutschen Regierung Schwierigkeiten zu machen und dadurch dem deutschen Strafgesetzbuch zu verfallen. Wir Sozialdemokraten haben gegen das Auslieferungsgesetz der bürgerlichen Mehrheit nichts ausrichten können. Aber wir mahnen die Kriegsjuristen eben deshalb zu verständiger Milde. Liebknecht hat wirklich nicht glauben können, daß er durch die völlig unbewaffnete Unternehmung auf dem Potsdamer Platz unseren Kriegsgegnern Vorschub leisten und der deutschen Regierung Nachteil zufügen könnte, denn er hofft ja, daß sein Beispiel die Franzosen, Engländer usw. zu gleichem Vorgehen gegen ihre Regierungen veranlasse, also alle Regierungen ganz gleichmäßig lahmlege. Auch das ist noch eine anmaßliche Ueberschätzung seiner Kraft gewesen. Aber es steht doch noch über einem gewöhnlichen Kriegsverrat an einem bestimmten Lande. Liebknecht ist das Opfer seiner Friedensutopien geworden, er ist persönlich kein Verbrecher. Danach möge ihn die Kriegsjuristen klugerweise behandeln. Wir verlangen es ja mit Recht von der englischen Regierung selbst für die Irländer, die die Waffen gegen ihre Reingegner erhoben haben.“

Profittaumel am Eisenmarkt.

Der Generaldirektor der A.-G. Deutscher Eisenhandel (Berlin), Kommerzienrat L. Lustig, hat kürzlich in der Hauptversammlung angeichts der rapide steigenden Eisenpreise, wie das auch vor dem schon geschehen war, gewarnt, „den Vogen nicht zu überspannen“, da die gegenwärtige Lage und glänzende Beschäftigung der Werke sich ganz auf den Kriegszustand stütze und später, beim Uebergang zur Friedensarbeit, empfindliche Rückschläge nicht ausbleiben könnten. Bemerkenswert ist in dem Vortrag des Generaldirektors noch dieser Satz, der uns allerdings nichts neues verrät:

„Während wir früher das Ausland auf Kosten des Inlandes zu billigen Preisen versorgt haben, sind wir gegenwärtig in der Lage, unter dem Schutze der Reichsregierung vom Auslande die höchsten Preise herauszuholen.“

Die Mahnungen aber haben, wie die „Königliche Volkszeitung“ (Nr. 379) jetzt darlegt, nichts gefruchtet. „Nichtsichtsloses Ausnutzen größter Verdienstmöglichkeit hat nach stets alle Bedenken und Vorwarnungen zurückgedrängt, bis die harte Notwendigkeit die Verhältnisse gewaltsam umgestaltet.“

Das Blatt stellt im Handelsteil eine „weitere gewaltige Aufwärtsbewegung der Preise“ am Eisenmarkt seit Beginn des Mai fest. Es sei mehrfach betont worden, daß gerade die Rohstoffverbände mächtig wirken müßten, um auch die Preise für Fertigwaren in maßvollen Grenzen zu halten und den Markt vor gefährlicher Ueberpannung zu bewahren; aber die Rohstoffverbände hätten jetzt den Reigen zum neuen weiteren Auftrieb der Preise eröffnet, und er werde gewiß bald weitere Kreise ziehen. Siegerländer Eisenstein sei um 2,80 bezu. 4 Mark die Tonne verteuert worden:

„Der Stahlwerks-Verband aber hat mit einem Schläge die Preise für Gießzeug um volle 20 Mk. die Tonne hinaufgesetzt. Ueber einen so gewaltigen Preissprung wird doch mancher außerordentlich erstaunt sein; denn er ist, trotz den Klärens, noch nicht dagewesen. Wenn der Stahlwerks-Verband neben den gestiegenen Selbstkosten dabei auf den Preissprung der fertigen Erzeugnisse Gießzeug gegenüber sich beruft, so wird man darin einen triftigen Grund für die Höhe des Aufschlages für Gießzeug

te 6.
+
um sie mein
ohne Feder,
jeder Tage
res
dem Leiden
eter ist am
-8 Uhr und
2 1/2 Uhr in
unter Wänden,
ren Systems,
Gängeleib,
ehalter und
ngemäßer
g. 1612
g. Tel. 515.

te +
1633
Ma.
Prima bar
Mk.
amio bar
Mk.
gewinn
Mk.
ose 10 M.
a. Liste 30 Pfg.
-Untern.
ner
trale 101.
Hauptstr.
arl 687z,
11/15.

Blusen!
mäntel
75 19.75
re-Zacken
75 an
Alpaka
28.75
ipsmäntel
in und blau
75 1619
Zacken
75 11.75
letots, feise
19.75 an
1.15 an
„1.45“
wahl in
u. farbigen
erhoffblusen
34, 1 Str.
aufsejen.

Residenz-
Theater
Waldstr.
Samstag
Sonntag
Montag
Dienstag

fführung!
bester
huss.
ol in 3 Akten.
y Porten
Hauptrolle.

mpels
nteuer.
k in 4 Akten
mit 1620
üller-Linke

Kriegsberichte.
den Fronten.

macht alles
vank in 3 Akten
negetischer
aturaufnahme.

schwerlich finden können. Oder soll etwa ein Preiswettbewerb zwischen Rohstoffen und Fertigwaren veranstaltet werden? Auf die Wirkung der neuen Preise für Erze und Halbzeug auf alle Zweige des Eisengewerbes wird man wohl nicht lange zu warten brauchen. Der Eisenhandwerker hat schon vorher die Preise für alle Bezüge vom Lager um 20 Mk. die Tonne erhöht; wird er nun dabei stehen bleiben?

Der Artikel geht dann die einzelnen Sparten des Marktes durch. Die Stabeisen herstellenden Werke haben sich „in neuerer Zeit an den festgesetzten Preisen wenig gestört, sondern gefordert, was sie eben erzielen konnten“. Bei Band-eisen fragt der Artikel angesichts vollzogener und schon wieder bevorstehender neuer Preiserhöhungen: „Wo und wie wird das Ende dieser Preissteigerung sein?“ Am Drahtmarkt seien die Mindestpreise der Konvention längst überholt und nun würden die Drahtwerke danach trachten, „dem so ungeheuer verteuerten Halbzeug nachzukommen“. Der Absatz von Trägern betrug im März nur ein Drittel der Beteiligung. Er geht hauptsächlich, infolge des beschränkten Bedarfs am Baumarkt, an Wagenbau- und Konstruktionswerkstätten. „Flottes Geschäft war daher gewiß nicht der Anlaß für den Stahlwerks-Verband, die Preise für Träger um 20 Mk. auf 160 Mk. die Tonne, ab Dickenhöfen, zu erhöhen und zur Belebung und Unternehmung und Bautätigkeit wird ein so gewaltiger Preisaufschlag auch nicht gerade beitragen“.

Damit ist die Gemeinwohlbedeutung der wahnwitzigen Preiserhöhungen, die sich in den Perioden überhaften und in den Sähen jedesmal um das Vierfache gegen früher springen, nicht erschöpft. Die gewaltige Verteuerung trifft vor allem den riesigen Kriegsbedarf des Reiches, verteuert und erschwert also die Landesverteidigung. Die vielen Millionen, die das Eisenkapital jetzt widerrechtlich einheimst, muß das Volk in Form neuer Steuern herbeischaffen. Warum ist die Gesetzgebung dieser besonders schmerzhaften Gattung des Kriegswunders nicht längst zuleibe gegangen!

Ueber sozialistische Politik.

Die in Paris erscheinende russische sozialistische Wochenschrift „Otkliki Schisni“ (der Widerhall des Lebens) bringt in der zweiten Nummer interessante Ausführungen über alle die Verwicklungen im Leben der Arbeiterklasse, über die sich die Theorie des Sozialismus in ihrer allgrößten Vereinfachung und Verallgemeinerung der Probleme bisher hinwegsetzen zu können glaubte. Aus diesen Ausführungen, von denen in dieser Nummer vorderhand nur ein Teil erschienen ist, möchten wir folgenden kurzen Auszug wiedergeben:

„Als Kriterium einer sozialistischen Politik gelten die „Interessen der Proletariat“. Als Lösungswort wurde der Klassenkampf des vereinten internationalen Proletariats gegen den von diesem durch eine unüberbrückbare Kluft getrennten Weltkapitalismus. ... Die Solidarität des Proletariats! Als ob unter den Proletariaten verschiedener Länder nicht der Streit um den besseren Platz an der Sonne, um bessere Arbeitsbedingungen auf dem Arbeitsmarkte, um das Immigrationsrecht, um Bestellungen und Lieferungen, um den Wettbewerb der Produkte, um die Tarifpolitik getobt hätte. ... Schonungsloser Antagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie! Als ob die Arbeiterklasse sich nicht mit den Unternehmern ihres eigenen Gewerbes und der Bourgeoisie ihres eigenen Landes zwecks Sicherung gemeinsamer nationalwirtschaftlicher und nationaler Interessen gegen andere Nationen und Länder vereinigt hätten.“

Russische und französische Goldaufhäufung vor dem Kriege.

Im Glasgower „Forward“ vom 18. März schreibt der Marxist und Finanzfachmann Frederic Temple, Direktor der nationalen Genossenschaftsbank, über Gewerkschaften und Banken. Sein Artikel führt u. a. den Beweis, daß Karl Marx der einzige Volkswirtschaftslehrer war, der das Bankkapital vom Standpunkte der Lohnarbeiter zergliederte. Nebenbei bemerkt Temple:

„Während der sechs Monate, die dem Kriege vorausgingen, kam viel Gold aus den afrikanischen und australischen Minen nach London. Aber die Bank von England erhielt es nicht, denn es wurde von anderen Ländern, hauptsächlich von Rußland und Frankreich, aufgekauft. Sie zahlten eine Kleinigkeit mehr für die Unge als die Bank von England zahlen wollte. Deshalb geschah es, daß, als der Krieg ausbrach, die Goldreserven der Bank von England nur etwa neun Millionen Pfund Sterling betrugen, während die der Bank von Rußland 172 Millionen Pfund Sterling und die der Bank von Frankreich 165 Millionen Pfund Sterling betrugen.“

Das waren offenbar finanzielle Kriegsrüstungen der russischen und der französischen Regierung, die angeblich von Deutschland überfallen worden seien.

Ich freue mich . . .

Der leitende Artikel der „Christlichen Welt“ vom 4. Mai ist überschrieben: Ich freue mich auf den Frieden. Der Verfasser, Prof. Dr. Rade in Marburg, schreibt im zweiten Teile dieses Artikels:

„Ich freue mich auf die Heimkehr unserer Krieger. Auf das viele Wiedersehen und Wiederhaben. Das wird ein Jubel sein. Aber dem will ich nicht nachhängen. Wer sich ohne Schaden an seiner Gelassenheit all den lieben Bildern mit seiner Phantasie hingeben mag, der tue es. Ich richte meinen Sinn auf anderes. Ich freue mich auf die Zeit, wo man wieder das Gute gut und das Böse böse nennen kann, wo wir uns wieder gerade richten können von all den Verwicklungen und Verwirrungen, die diese Zeit in unsern Köpfen und Gewissen herbeigetragen hat, wo wir wieder mit jedem Menschen ein vernünftiges Wort reden können über das, was war, und was ist, und was sein wird, wo eine ungeheure Arbeit sich auf uns wartet, ein Wieder aufbauen und Neubauen auf den Trümmern, tausendfache Gelegenheit für Fähigkeit und Tatkraft, für Genie und Vermögen, für schwierige Hände und für Willenskraft. Und wenn am Kapital fehlen sollte und an Menschen: aber am Glauben darf dies nicht fehlen, mein Volk! Ich freue mich darauf, wie die Wimper seiner Schiffe fröhlich flattern werden in allen vier Winden auf allen Meeren.“

Und auf eine Zeit, wo die Ströme zurückgehaltener Liebe und Menschlichkeit sich ergießen werden von beiden

Seiten und werden den Paz und die Lüge und die Verblendung verschlingen wie das Rote Meer die Ägypter.

Auf das und auf vieles andere freue ich mich. Da wollen wir dann zusammen hingehen und die Gräber der Gefallenen schmücken. Nicht mit Blumen nur. Wir wollen Bäume darauf pflanzen, die tief hineinwurzeln in ihre Asche und hohe, reiche weitstehende Kronen haben, Bäume, die Blüten und Früchte tragen zu ihrer Zeit. Es muß doch Friede werden. Es ist ja auch wieder Frühling geworden, und Ostern.“

Guter Baatenstand.

In Süddeutschland ist nach verschiedenen Berichten der Stand der Winterfrüchte und der Obstbäume ausgezeichnet. Ebenso kommen aus großen Teilen Norddeutschlands und aus Schleswig-Holstein günstige Nachrichten. So lesen wir in der „Kreuzzeitung“: „Zunächst ist infolge der fruchtbarsten Witterung der letzten Wochen eine vorzügliche Weide für das Vieh, das lange Monate unter dem Mangel an Futtermitteln litt, vorhanden. In vielen Stellen wird es mit den Pferden Tag und Nacht auf den überaus üppigen Weiden zur Grasung gelassen. Der Stand der Getreidefrüchte ist fast durchweg zurzeit ausgezeichnet, im Mecklenburgischen z. B. sieht man Roggenfelder, die direkt üppig stehen und eine Getreidegarbe aufweisen, die derjenigen anderer Jahre weit voraus ist. Die weiten, weiten Ackerflächen Norddeutschlands bieten ein herzerfreuendes Bild prächtigen Gedeihens und reichsten Segens! Dazu kommen die ungeheuren, Tausende von Hektaren großen, aus Oestlandbereichen in Kultur gebrachten Flächen, z. B. in Schleswig-Holstein das Wilde Moor, das Lauenburgische Moor, die Segeberger Oestlandbereiche, deren Kultivierung zwar Millionen gekostet, die aber der deutschen Volkswirtschaft in diesem Jahre einen großen Tribut bringen werden! Auch der Fruchtanfang der Obstbäume verspricht überall eine gute Ernte, Kirichen- und Pfaffenbäume stehen in vielen Bezirken in voller Blüte. So wird eine außerordentliche Baumblüte auch aus den Rheinlanden gemeldet; Steinobst und Frühbirnen lassen eine reiche Obsternte auch hier erhoffen. Da die gleichen Verhältnisse bezüglich des Saatens, Feldfrucht- und Obstbaues auch für Süddeutschland in Betracht kommen, reißt es überall im deutschen Vaterland einer der Volkswirtschaft reichen Segen verheißenden Ernte entgegen.“

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

W.B. Großes Hauptquartier, amtl., 12. Mai, vorm.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich des Hohenzollernwerkes bei Sullach führten pfälzische Bataillone mehrere Linien der englischen Stellung. Bis her wurden 127 unverwundete Gefangene eingebracht und mehrere Maschinengewehre erbeutet. Der Gegner erlitt außerdem erhebliche Verluste, besonders bei einem erfolglosen Gegenangriff.

In den Argonnen scheiterte ein von den Franzosen unter Benutzung von Flammenwerfern unternommener Angriff gegen die Fille Mortes.

Im Maas-Gebiet herrschte beiderseits lebhafter Artilleriekampf. Von einem schwachen französischen Angriffsversuch in Thiaumont-Walde abgesehen, kam es zu keiner nennenswerten Infanteriehandlung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Ein deutsches Flugzeuggeschwader belegte den Bahnhof Gorodjeja an der Linie Krasnaja-Minsk ausgiebig mit Bomben.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 12. Mai. (W.B. Nicht amtl.) Amtlich wird verlautbart, 12. Mai, mittags.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die erhöhte Gefechtsintensität an unserer wohlhynischen Front hält an. Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Artilleriekämpfe dauern in wechselnder Stärke fort. Zwei feindliche Angriffe auf den Monte Brh wurden abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert ruhig.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Söfer, Feldmarschalleutnant.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 12. Mai. (W.B. Nicht amtl.) Amtlicher Bericht. In der Front keine Veränderung. Ein feindliches Flugzeug wurde von unseren Geschützen getroffen und stürzte brennend hinter den feindlichen Schützengraben ab. — Kaukasusfront: Der bei den Kämpfen am 8. Mai aus seinen Stellungen und nach Osten verzogene Feind macht alle Anstrengungen, um sich in seinen neuen Stellungen zu halten. Die Zahl der in diesen Kämpfen erbeuteten Maschinengewehre erhöht sich auf fünf. Ein feindliches Bataillon versuchte, sich Tefe Buznu zu nähern, wurde aber durch unser Artilleriefeuer verjagt. In den Gewässern von Samhna eröffnete ein feindlicher Monitor das Feuer vor der Insel Reutem. Unsere Batterien antworteten und trafen den Monitor, dessen Schornstein und ein Mast zertrümmert wurden. Der Monitor stellte das Feuer ein und fuhr stark schwenkend in der Richtung nach Mytilene zurück.

Der französische Bericht.

Paris, 12. Mai. (W.B. Nicht amtl.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag 3 Uhr. In der Champagne geriet unter Feuer der deutschen Schützengraben in einer Länge von ungefähr 100 Meter südöstlich Tazure. Auf dem linken Ufer des Gewässers von Avoourt. Auf dem rechten Ufer der Maas wurde ein gegen 2 Uhr morgens unternommener deutscher Angriff auf die Stellungen westlich des Reiches von Raug mit dem Bajonett und mit Handgranaten zurückgeschlagen. Die Nacht war auf den übrigen Teilen der Front verhältnismäßig ruhig. — Flugwesen: In der Nacht zum 11. Mai warfen wir von unseren Kampfflugzeugen 26 Geschosse auf die Bahnhöfe von Damvillers und Etain, sowie auf den Geschießplatz bei Poamez, wo eine Feuerbrunst ausbrach.

Paris, 12. Mai. (W.B. Nicht amtl.) Amtlicher Bericht von gestern abend 11 Uhr. In der Gegend von Verdun ziem-

lich lebhafter Artilleriekampf im Abschnitt von Avoourt. Heftige Beschließung unserer Stellungen im Caillette-Wald und unserer zweiten Linie auf dem rechten Ufer. In der Boivre an einigen Stellen Geschößhagel. Von der übrigen Front ist außer dem gewöhnlichen Artilleriefeuer kein wichtiges Ereignis zu melden.

Belgischer Bericht. Artilleriekämpfe in der Gegend von Namscapelle und Schoore. Die gegenseitige Beschließung im Abschnitt von Dignauden hielt heute an.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Amerikas Ehrenpflicht.

Newport, 12. Mai. (Durch Funkpruch des Vertreters von W.B.) Der Völkerrechtslehrer der Columbia-Universität, Stowell, sagt in einer Besprechung der deutschen Note, die er in der „Newport World“ erscheinen läßt: Die Note bekräftigt jeden Grund für einen Abbruch. In der Note bemerkt er, wir müssen die bitteren Gefühle in Deutschland, die durch unsere unneutrale Handlungsweise hervorgerufen worden sind, bedenken, denn wir waren nicht neutral, als wir England erlaubten, unsere neutralen Rechte auf den Handel mit Deutschland zu misshandeln. Wenn Deutschland sich jetzt offen bereit erklärt, sich dem Völkerrecht anzubehalten, so sind die Vereinigten Staaten auf die Ehre verpflichtet, alle vernünftigen Maßnahmen, soweit sie es können, zu treffen, um sich auch durch die anderen Parteien eine angemessene Anerkennung ihrer Rechte zu sichern. Stowell's Besprechung ist um so bemerkenswerter, als er gegen Deutschland eingenommen ist.

Der deutsche Widerstand in Ostafrika.

W.B. London, 11. Mai. General Smuts telegraphiert: Der Feind, der sich nach der Befegung von Kondoa Frangi durch unsere Truppen eine erhebliche Strecke zurückgezogen hatte, hat Verstärkungen erhalten und dringt wieder gegen Kondoa Frangi vor. Unsere Truppen sind zahlreich genug, um mit dem Feinde fertig zu werden.

Deutsche Politik.

Fürsorge für geschiedene Kriegerfrauen.

In der letzten Sitzung der Petitionskommission des Reichstages wurde eine Petition beraten, deren günstige Erledigung für die geschiedenen Ehefrauen von Kriegsteilnehmern von Bedeutung ist. Nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz haben diese Ehefrauen keinen Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge. Das war nicht in allen Fällen haltbar und daher ist durch die Verordnung vom 3. August 1915 eine Unterfütterung an schuldlos geschiedene Ehefrauen geschaffen worden, sofern die Unterhaltspflicht des Mannes besteht und tatsächlich erfüllt ist. Wegen dieser Voraussetzungen wandten sich neben anderen die sozialdemokratischen Abgeordneten. Auf Antrag des Gen. Giebel wurde beschloffen, in der Verordnung soll die Voraussetzung fortfallen, daß der Ehemann die Unterhaltspflicht erfüllt haben muß. Da der gleiche Grund für die Unterfütterung unehe-licher Kinder anerkannt ist, steht zu hoffen, daß die Regierung diese Verbesserung der Verordnung vornimmt.

Der bayerische Bauernverein über die Lebensmittelpolitik.

Der christliche bayerische Bauernverein hielt am 10. Mai in München in Anwesenheit von etwa 40 Abgeordneten und Bauernvertretern aus ganz Bayern eine Gesamtvorstandssitzung ab, in der Dr. Heim das Referat erstattete. Er nahm in schärfster Weise gegen die einzelnen Regierungen in der Lebensmittelfürsorge Stellung und betonte insbesondere, daß alle Maßregeln zu spät gekommen seien. Es wurde schließlich eine Entschließung angenommen, die unter anderem folgendes verlangt: „Den bisherigen Verkehr mit Brotgetreide und Mehl für das nächste Jahr beizubehalten; den Einkauf von Körnerfrüchten und Futtermitteln wie sonstigen Lebensmitteln im Auslande für die ersten Friedensmonate zu verbieten; eine Höchstpreispolitik für die ganze Verbrauchsperiode mit unabänderlicher Grenze nach oben; dauernde Beseitigung der Mißstände im Brotgetreideverkehr; Erhöhung der Produktion in der Erntezeit für schwer Arbeitende; Regelung der Kartoffelverförmung; Verbot der Ausfuhr von Butter und Fett aus Bayern; Regelung der Hülsenfruchtverförmung ganz nach Art der Getreideverförmung; ausreichende Beurlaubung von Mannschaften für die Ernte.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Mai 1916.

Am Bundesratssitzung Dr. Zimmermann, Dr. Lohmann und andere.

Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 3.15 Uhr. Abg. Gersfeld (Soz. Arbeitsgem.) fragt nach dem Inhalt des zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei abgeschlossenen Bündnisses, von dem bei dem Rat der Jungtürken zu Ehren der deutschen Parlamentarier Kenntnis gegeben worden sei und das seit vier Monaten bestehen soll. Der Abgeordnete fragt, welchen Inhalt dieser Vertrag habe und ob der Reichstagsrat vor der Ratifizierung davon Kenntnis geben wird.

Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann: Es handelt sich bei dem erwähnten Vertrage um das Defensivbündnis mit der Türkei, das nach Ausbruch des Krieges abgeschlossen und alsdann ratifiziert worden ist. Ueber seinen Inhalt, der nach den Bestimmungen des Vertrags geheim zu halten ist, können Einzelheiten zurzeit nicht mitgeteilt werden.

Alsdann hat der türkische Minister des Aeußern eine Reihe von Verträgen erwähnt, die dem Abschluß nahe sind. Es handelt sich da um einen Konjunkturvertrag, einen Reduktion- und Reduktionvertrag und einen Niederlassungsvertrag. Alle Verträge bilden ein einheitliches Rechtssystem.

Es versteht sich von selbst, daß dieses neue Rechtssystem nicht ohne Zustimmung der beteiligten Körperschaften zur Geltung kommen kann. Die Verträge werden dem Reichstag zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt werden.

Darauf tritt das Haus in die zweite Lesung des Etats ein und zwar des Etats des Reichstags.

Vizepräsident Dowe teilt mit, daß ein Antrag Bernheim (Soz. Arbeitsgem.) vorliegende künftige Verbindung einer Gen.- für der Reichstagsberichte und betreffend Sicherung der Rede-freiheit im Reichstag. Ueber die Zulässigkeit des Antrags, der als Kritik des Präsidenten aufgeführt werden könnte, laßt sich freilegen, der Antrag werde aber zugelassen. Eine Präjudiz soll dadurch aber nicht geschaffen werden.

Vizepräsident Dr. Baasche läßt als Berichterstatter der Kom-

Avocourt.
Hette-Wald
Hfer. In der
n der übrigen
ein wichtiges

te Gegend von
teitige Beschä.

ten.

Vertreter von
ia-Universität,
eutschen Note.
Die Note be-
der Note be-
eutschland, die
herborgerufen
neutral, nicht
auf den
Deutschland
te anzubewe-
Chre ver-
soweit sie es
ren Parteien
sichern. Sto-
als er gegen

telegraphiert.
ondaa Frangi
zurückgezogen
wieder gegen
sind zahlreich

en.

mission
aten, deren
trauen von
dem Mann-
keinen An-
icht in allen
nung vom
s geschiedene
ltspflicht des
n diese Vor-
zialdemokra-
e l wurde
sehung fort-
erfüllt haben
ung umhe-
die Regie-
mt.

mittelpolitik.
am 10. Mai
nneten und
standstung
er nahm in
t in der Be-
ondere, daß
s wurde
ter anderem
mit Brotge-
en; den Ein-
onstigen Le-
smonate zu
Verbrauchs-
dauernde
; Erhöhung
ende; Nege-
von Butter
vorräte ganz
Beurlaubung

0. Mai 1916.
r. Schwab

am 3.15 Uhr.
n Inhalt des
t und der
ei dem Ban-
arier Reim-
Besessen soll-
g habe und
minis geben

sich bei dem
mit der Tür-
en und als-
er nach den
können Ein-

eine Reihe
s sind. Es
en zur Gef-
berlassungs-
s Rechts.

stem nicht
en zur Gef-
sttag zur

Stais ein

nein (Sog.
en einer Gen-
der Rede.
Antrags, der
e sich frei-
soll dadurch

der Name

mission einen Überblick über die Verhandlungen des Ausschusses. Von einer Zensur der Reichstagsberichte sei keine Rede. Das Präsidium habe der Presse nur den Wunsch ausgedrückt, an Stelle eines ausführlichen Berichts über die Zwischenfälle bei der Rede des Abg. Dr. Liebknecht nur den kurzen vereinbarten Wolffschen Bericht zu verbreiten, da durch einen ausführlichen Bericht das Ansehen des Reichstags sicherlich im In- und Auslande gefährdet werden würde. Um eine Zensurmaßnahme handelt es sich nicht. Was den übrigen Teil des vorliegenden Antrags anlangt, so habe der Präsident es abgelehnt, sich auf die Erörterung seines Verhaltens am 8. April einzulassen. Solange er das Amt auf Grund des Vertrauens des Hauses führe, werde er es so führen, wie es seine Pflicht dem Vaterland gegenüber erfordere.

Abg. Lebedour (Sog. Arbeitsgem.): Eine Kritik des Präsidenten ist kaum zu umgehen, auch die Worte des Berichterstatters können als eine solche aufgefaßt werden. (Lolde des Präsidenten.) (Vizepräsident Dowe: Güte ich aus den Worten des Berichterstatters eine Kritik des Präsidenten herausgehört, so hätte ich dies gegügt. (Heiterkeit.) Abg. Lebedour (fortfahrend): Aufgabe des Präsidenten ist der Schutz der Minorität, auch wenn diese aus nur einem Abgeordneten besteht. Redner schildert sodann die bekannten Vorgänge während der Rede Liebknechts am 8. April. Der Präsident habe dabei mehr bei den übrigen Abgeordneten für Ruhe zu sorgen gehandelt als bei dem Abgeordneten Dr. Liebknecht. Gewalttätigkeiten entstehen jedes Parlament. (Zurufe.) Solche papageihaften Zurufe... (Vizepräsident Dowe: Ich rufe Sie wegen dieser Äußerung zur Ordnung.) Wären die Vorschriften der Geschäftsordnung voll zur Anwendung gekommen, so wären die Gewalttätigkeiten unmöglich gewesen, da der Platz um den Redner frei bleiben muß. Was den zweiten Teil unseres Antrags anbelangt, so hat nach der Sitzung am 8. April eine Weisung im Zimmer des Präsidenten stattgefunden, in der mehrere Abgeordnete, Staatssekretär Helfferich und auch ein Vertreter des Oberkommandos in den Marken teilnahmen. (Hört, hört!) Dieser hat es abgelehnt, den Bericht zu verbreiten; er kannte das Parlamentarische und hütete sich, dieses heilige Eisen anzufassen. Durch die Verbreitung des verümmelten Berichts seitens des WZ. wurde der Glaube herborgerufen, daß die Zensurbehörde dahinter stehe. (Abg. Dertel: Nein!) Ein Teil der Presse hat doch den ausführlichen Bericht gebracht und so auch das Ausland davon Kenntnis genommen. Der gewollte Zweck ist also nicht erreicht. Die Presse sollte sich durch niemand beeinflussen lassen.

Abg. Scheidemann (Sog.): Selbstverständlich treten wir für jeden Schutz der parlamentarischen Rechte ein. Dazu gehört namentlich die Redefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung. Wir alle beauern die Vorkommnisse vom 8. April außerordentlich, aber gerade jene Rede Liebknechts hätte nicht den Anlaß zu derartigen Vorkommnissen geben sollen. Im ganzen Hause herrschte zu große Nervosität. Der Antrag Bernstein verlangt nichts Neues. Er will nur die Handhabung dessen, was jetzt schon in der Geschäftsordnung steht. Eine Erweiterung der Rechte des Präsidenten halten wir für bedenklich, da dadurch die Rechte der Mitglieder leicht beeinträchtigt werden. Wir sprechen die Erwartung aus, daß derartige Gewalttaten nicht wieder vorkommen und daß der Präsident jeden Redner vor Belästigungen schützen wird. Von dem zweiten Teil des Antrags fürchten wir, daß durch ihn die Rechte des Präsidenten erweitert werden, ohne die Rechte der Mitglieder zu sichern. Wir lehnen deshalb den zweiten Teil des Antrags ab.

Abg. Viefching (Fortf. Sp.): Die Nervosität in der Sitzung vom 8. April ist durchaus zu verstehen, da in den ganzen Tagen vorher Dr. Liebknecht dauernd fürchte und auch die Reichstagslerre mit Schimpfwörtern auf das Vaterland unterbrach. (Sehr richtig!) Daraus ist die Erregung der in seiner Nachbarschaft sitzenden Abgeordneten wohl zu verstehen. Man konnte nach der Rede wohl erwarten, daß sie dem Reiche von neuem großen Schaden zufügen würde. Die Schuld ist zu suchen bei dem, der die Szene verursacht hat. (Sehr richtig!) Auch in dem Wunsch an die Presse ist eine unzulässige Handlung des Präsidenten nicht zu erblicken. Eine Zensur stellte dieser Wunsch nicht dar, die Presse hat eine Zensur darin auch nicht erblickt. Ich bitte Sie, den Antrag einstimmig abzulehnen.

Abg. Baasche (Reil.): Der Sitzungsbericht, wie er auf Wunsch des Präsidenten verbreitet worden ist, war durchaus wahrheitsgetreu. Es waren nur mehrere Zwischenrufe gestrichen worden. Der Antrag auf Schutz der Redefreiheit ist nicht am Platz. Für uns ist es selbstverständlich, daß die Redefreiheit geschützt wird. Des Antrags bedarf es nicht.

Abg. Stadthagen (Sog. Arbeitsgem.): Unser Antrag will ausschließlich die Abgeordneten in ihren Rechten schützen. Der herausgegebene Präsidialbericht war entstellend und nicht wahrheitsgemäß. Die Zensurbehörde gab auf Anfrage unklare Bescheid, jedoch die Presse annehmen mußte, es handle sich um ein Verbot, anderweitige Berichte zu bringen. Nicht Liebknecht hat Landbesitzer getötet, wohl aber haben die Abgeordneten, die ihn durch Gewalt am Sprechen gehindert haben, Sodovrat begangen (Heiterkeit), da sie ihn tatsächlich an der Ausübung des Mandats gehindert haben.

Nach einer Bemerkung der Abg. Bernstein und Dittmann (Sog. Arbeitsgem.) wird der Etat des Reichstags genehmigt. Die Resolution der Sog. Arbeitsgemeinschaft wird abgelehnt.

Darauf wird die Debatte über die Novelle zum Reichsvereinsgesetz fortgesetzt.

Abg. Büchner (Sog. Arb.Gem.): Die Vorlage ist völlig unzureichend. Der Ausdruck „sozialpolitische Erörterungen in Versammlungen und Vereinen“ ist zu dehnbar und ungenau. Die Regierung schätzt immer noch die Kulturarbeit der Gewerkschaften zu niedrig ein. Abg. Frhr. Seyl zu Herrnsheim (wilt): Die Ansichten über die Bedeutung der Novelle gehen auseinander. Abg. Legien sieht in ihr einen großen Fortschritt für die Gewerkschaften. Warum schließt man die staatsrechtlichen Gewerksvereine von dem Gesetz aus? Unzweifelhaft wird diese Novelle einen Kampf zwischen der Jungdeutschlandbewegung und der internationalen antimilitaristischen Jugendgruppe verursachen. Nicht verstanden habe ich den in der Debatte mehrfach ausgesprochenen Dank an die Gewerkschaften (Zurufe: Haben sie denn nichts geleistet?) da die nichtorganisierten Arbeiter nicht in den Dank einbezogen wurden und auch nicht die Industrie. (Womit recht!) Ministerialdirektor Dr. Leubald: Es wäre deplaciert gewesen, bei dieser Spezialfrage den Generalank für alle Berufsstände nochmals hier auszusprechen, den der Reichstagsler schon abgelehnt hat. Ich habe mich beschränkt auf das Gebiet, das hier zur Debatte steht.

Abg. Frhr. Seyl zu Herrnsheim (wilt): Ich habe nicht den Ministerialdirektor treffen wollen. Ich habe vielmehr allgemein, namentlich gegen die Sozialdemokratie gesprochen. Ich bedauere diese Novelle, da sie der Sozialdemokratie allein Nutzen bringt.

Darauf wird die Debatte geschlossen und diese Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Abg. Dr. Kerschenscheier (Fortf. Sp.) bedauert, nicht zu Wort gekommen zu sein. Er behält sich vor, in zweiter Lesung und in der Kommission seinen Standpunkt darzulegen.

Darauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. Etat des Reichsschatzmeisters, des Rechnungshofes, des Allgemeinen Pensionsfonds, des Reichseisenbahnministeriums, der Reichseisenbahn, der Post und Telegraphenverwaltung, der Reichsdruckerei und des Reichsschatzmeisters des Innern. — Schluß 7 Uhr.

Aus dem Seniorenenkont.

Berlin, 12. Mai. (WZ. Nicht amtlich.) Der Seniorenenkont des Reichstags trat heute vor der Plenarsitzung zusammen. Er beschloß, außer dem Samstag und Montag auch den Dienstag nächster Woche sühungsfrei zu lassen. Der Hauptausschuß des Reichstags wird morgen weiter beraten. Von dem Fortgang dieser Verhandlungen hängt es ab, ob die Beratungen Montag ausfallen. Der Steuerauschuß nimmt Dienstag seine Sitzungen wieder auf.

Aus der Partei.

Genosse Hermann Müller Reichstagskandidat für Reichsbach-Neurode. Die Ortsvereinsvorsitzenden des Kreises Reichsbach-Neurode haben sich mit der infolge des Abfalls des Reichstagsabgeordneten Gen. Mühl notwendig gewordenen Neubewegung des Reichstagsmandats beschäftigt und einstimmig den Genossen Hermann Müller zum Parteivorstand als Kandidaten vorgeschlagen. Die endgültige Aufstellung der Kandidatur erfolgt in einer für Sonntag, 21. Mai, einberufenen allgemeinen Volksversammlung.

Aus dem Lande.

Durlach. — Residenz-Theater Durlach im „Grünen Hof“. Für Sonntag 14. Mai hat die Direktion ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt. Es sind drei Dramen vorgesehen: „Gewonnene Liebe — Verlorene Ehre“, „Der Weg zur Ehre“ und „Verloren und Gewonnen“; für den humoristischen Teil: „Wils Befehung“, „Honi sei dem Erobrer“ und „Die erste Liebe“; ferner „Wiederung von Laminen in der Umgebung des italienischen Kriegsschauplatzes“, eine interessante Naturaufnahme.

Für die Jugendvorstellung (2-4 Uhr) werden geeignete Bilder gezeigt.

Naßtal.

* Bei dem Brande in Wilsa auf dem Lufsch-Platz hat sich auch ein Badener, der Blechmeister B. Maier aus Iffezheim, in rühmlicher Weise hervorgetan. Die „Wilsener Zeitung“ berichtet darüber: In den Löscharbeiten beteiligten sich vor allem die zahlreichen Militärpersonen. Besonders bedroht war ein Gebäude an der Gefängnisstraße, das um jeden Preis gerettet werden mußte, wenn nicht noch ein halbes Duzend der letzten Häuser in Flammen aufgehen sollte. Obwohl das Gebäude schon Feuer gefangen hatte und das daneben stehende Holzgebäude eine solche Glut ausströmte, daß ein Aufenthalt in der Nähe fast unmöglich war, flatterten doch schnell einige beherzte Soldaten auf den Giebel des Daches, die Schlauchleitung folgte und nach einiger Arbeit war das Haus gerettet. Eine besondere Erwähnung verdient der Gefreite Bernhard Maier von der 4. Kompanie eines Landsturm-bataillons.

* Anielingen, 13. Mai. (Fernspruch.) Gestern Abend kurz nach 6 Uhr brach in dem der Gemeinde Anielingen gehörenden Gehlitz Margu Feuer aus, dem ein Leinwandgebäude zum Opfer fiel. Dem Gutbesitzer Volmer verbrannten einige hundert Zentner Stroh sowie sämtliche landwirtschaftliche Maschinen und Fahrzeugen. Man mußte sich darauf beschränken, die Nebengebäude zu retten. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

* Hirschheim, 12. Mai. Bürgermeister Dr. Schweidert, der sich als Hauptmann und Kampagnenführer auf dem westlichen Kriegsschauplatz befindet, wurde, wie der „Hirsch. Anzeiger“ meldet, durch den Einbruch einer französischen Mine in den Untergrund, in dem er sich allein am Telefon befand, verhaftet. Der Untergrund brach völlig zusammen und die Rettung bedurfte Dr. Schweidert nur dem Umstand, daß er durch den gewaltigen Luftdruck vier Meter weit hinweg gegen die vordere Wand geschleudert wurde. Nach einer Stunde konnte der Verhaftete ausgegraben werden. Er war durch Gas betäubt, hatte Brandwunden erlitten und wurde ins Lazarett gebracht, wo man zwei Brüche des linken Beines, darunter einen Knochenbruch, feststellte. Dr. Schweidert ist bereits früher einmal schwer verwundet worden.

* Mannheim, 13. Mai. Eine große Anzahl hiesiger und Ludwigshafener Schleppkähne ist den hiesigen Plätzen zufolge über Mainz auf der Fahrt nach Bamberg begriffen, um dort rumänischen Weizen abzunehmen.

* Schwabhausen bei Vorberg, 13. Mai. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Oriskany. Der von Vallerberg kommende Postwagen stürzte infolge Radbruchs in voller Fahrt um. Zwei Personen erlitten erhebliche Verletzungen.

* Großweier bei Achern, 12. Mai. Im letzten Mittwoch wurden bereits die Tobakspflanzen vom sämtlichen Tobak, der dieses Jahr hier gepflanzt wird, zum Preis von 60 Mk. per Zentner im voraus verkauft.

* Breisach, 12. Mai. Im Rheine oberhalb der Eisenbahnbrücke wurde eine unbekannte weibliche Leiche gefunden.

* Freiburg, 12. Mai. Die hiesige Stadtwartung wird mit Hilfe der Schuljugend Erdbeer- und Brombeerblätter sammeln lassen, um sie nach der Trocknung als deutlichen Tee an die Bevölkerung zu verkaufen. — Die Deutsche Kriegsausstellung wurde hier am Mittwoch Abend geschlossen. Die Ausstellung hatte sich während ihrer ganzen Dauer eines sehr regen Besuches zu erfreuen, so daß das finanzielle Ergebnis ein sehr erfreuliches ist.

* Schopfheim, 12. Mai. Der elektrische Betrieb der Wiesentalbahn (bis Zell und Säckingen) ist bereits eingestellt und zwar aus betriebstechnischen Gründen. Neben den Dampfloklokomotiven laufen nun im neuen Fahrplan eine Anzahl Triebwagen auf der Strecke von Leopoldshöhe her.

* Hausen bei Schopfheim, 12. Mai. Helfferich. Am Mittwoch vormittag verarmte sich zu einer schlichten Hebelfeier der Stiftungsrat der Hausener Hebelstiftung mit den alten Männern und Frauen und anderen im Rathausgale. Dort gedachte Pfarrer Curie Johann Peter Hebels und würdigte seine Bedeutung für unsere Zeit. Darauf wurden die üblichen Gaben der Gafeler und Hausener Hebelstiftung verteilt.

* St. Georgen i. Schw. 12. Mai. Auf dem Mainmarkt, der sonst zu den besten Märkten gehört, war, wie dem „Bad. Beobachter“ berichtet wird, am Vieh aufgetrieben: sage und schreie! 1 Kuh, 1 Kalb und 1 Ziege. Die Viehhändler halten zurück, fast ganz allgemein.

* St. Georgen i. Schw. 12. Mai. Der in Rastatt stehende Landsturmmann Chr. Baumann machte seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Das Motiv zur Tat ist nicht bekannt.

* Kappelrodek, 12. Mai. Der 56jährige Landwirt Paul Lust aus Kappelrodek geriet in der Dunkelheit in die Acher und ertrank.

* Meßkirch, 12. Mai. Auf der Station Meßkirch kam beim Rangieren der Dampfer Julius Regenschneit aus Radolfzell unter einem Eisenbahnwagen. Es wurden ihm beide Füße abgedrückt.

* Konstanz, 12. Mai. Wie das „St. Galler Tagblatt“ erzählt, wandte sich eine in St. Georgen wohnende Familie, deren Ernährer seit Kriegsausbruch an der deutschen Front steht, in einem Briefe an den deutschen Kaiser, er möge ihrem Vater einen Urlaub nach der Schweiz gewähren, damit

er seine Familie wieder einmal sehen könne. Und welche Freude herrschte in der kleinen Wohnung des schweizerischen Oetthens St. Georgen, als kurze Zeit darauf der Vater auf einem dreiwöchigen Urlaub bei den Seinen (8 Kinder, darunter eine schwerkranke Tochter) erschien.

Kriegswucher und Kriegsschwindel.

Fleischwucher. Eine bemerkenswerte Beleuchtung erfahren die Schwierigkeiten der Fleischversorgung durch einen Marktbericht des „Pfullendorfer Anzeigers“ in Pful. lendorf (Waden). Da heißt es u. a.:

„Die Zufuhr auf den Mainmarkt bestand in 5 Farren, 4 Ochsen, 15 Kühe und 78 Kalbinnen und Jungkinder. Hieron wurden verkauft 2 Farren, 3 Ochsen, 7 Kühe und 29 Kalbinnen und Jungkinder. Die Zufuhr auf diesen Markt war sehr gering, da die Landwirte ohne Grund mit dem Verkaufe schlachtbarer Tiere zurückhalten. Außer einigen Zuchtieren, für die ein Zuschlag zu den festgesetzten Höchstpreisen bezahlt werden durfte, wurden die andern Tiere nach den Höchstpreisen verkauft. Es wurde allgemein die Beobachtung gemacht, daß viele Landwirte ihre Tiere nicht zu den Höchstpreisen verkaufen wollten in der Erwartung, daß sie mehr erzielen würden. Nach der am 22. April ds. Js. vom Ministerium des Innern erlassenen Abänderung der Verordnung über die Höchstpreise für Rindvieh darf ein höherer als der festgesetzte Höchstpreis nur noch dann bezahlt werden, wenn es sich um „hochwertiges“ Zuchtvieh handelt und bei eingetragenen Tieren einer Zuchtgenossenschaft das Bürgermeisteramt nach Anhörung des Obmanns der Zuchtgenossenschaft und im übrigen der Bezirksregierung die Ausnahme, d. h. eine Ueberschreitung des Höchstpreises, genehmigt. Die festgesetzten Höchstpreise gelten daher nicht nur für Schlachtvieh, sondern auch beim unmittelbaren Verkauf von Zucht- und Aufzucht von Landwirt zu Landwirt. Es ist für jeden Landwirt eine unbedingte Notwendigkeit, sich mit dem Höchstpreisgebot vertraut zu machen, wenn er nicht in die Lage kommen will, getraut zu werden.“

Auch aus andern Gegenden des Landes hört man vielfach Klagen über ein Zurückhalten von Schlachtvieh. Es dürfte Aufgabe der Behörden sein, gegen ein derartiges Verhalten Einzelner einzuschreiten.

„Auslandsfäse“ vom Allgäu. Seitdem für Käse Höchstpreise festgesetzt, nehmen die betrügerischen Versuche kein Ende, diese zu umgehen. Die Wucherer finden immer wieder eine Möglichkeit, ihren Zweck wenigstens für einige Zeit zu erreichen, zumal die Kontrolle eine sehr lästige ist. Im Käsehandel wird einheimischer Käse vielfach als „Auslandsfäse“ verkauft mit dem Erfolg, daß der Profit sich vervielfacht. Mit welcher Unerschämtheit dabei verfahren wird, zeigt der Kriegsauschuß für Konsumenteninteressen durch die Anführung dieses Beispiels aus Frankfurt a. O.:

„Auch hier gibt es nach Einführung von Höchstpreisen nur noch „ausländischen“ Käse. Um nun den wenig glaubhaften Behauptungen der Händler auf den Grund zu gehen, nach denen die Produktion in Deutschland eingestellt sei, wurde von Konsumenten eine Anfrage an die Lieferanten in Kempten (Allgäu) gerichtet. Die Antwort ist ein vernichtendes Urteil für die eigenhändigen Interessenten: Drei hiesige große Firmen haben regelmäßig vom Allgäu ihre Lieferung erhalten!“

Was mit diesen Betrügern darauf geschah, weiß der Konsumentenausschuß nicht zu berichten. Wird nicht richtungslos gegen sie vorgegangen, so ist mit der Aufdeckung des Schwindels gar nichts erreicht. Erfolgt aber ein Einschreiten, dann hat die Bevölkerung ein Recht, darüber näheres zu erfahren. Ein Verschweigen aus schlicht angebrachter Rücksichtnahme ist um so weniger am Platz, als die Bevölkerung daraus den Schluß ziehen muß, daß Wucherer und Spekulanten Kahrenfreiheit haben.

Kleiderstoffwucherer. Wie die Wucherer es mit den Nahrungs- mitteln treiben, so auch mit den Kleiderstoffen. Bei einer Zusammenkunft von Fachmännern teilte ein Produzent aus Thüringen aus seiner Praxis mit: Er hatte einen Kasten Kleiderstoffe, der Abnehmer hatte die Kaufsumme bezahlt. Nach wenigen Tagen kam von diesem die Mitteilung, daß der gekaufte Kasten jetzt einem andern Herrn gehöre, der neue Besitzer des Kasten (die Ware ist im Fabriklager belassen worden) hat wenige Tage später dem Fabrikanten mitgeteilt, daß der Kasten wieder einem andern Herrn gehöre. So ging das fort, bis der Kasten schließlich an den sechsten Mann gekommen war ohne seinen Platz gewechselt zu haben. Die Wucherer verfahren ganz systematisch, um das Volk auszuplündern. Auch mit Weinwaren, die im Auslande hergestellt worden sind, verfährt man so.

Gerichtszeitung.

Karlsruhe, 12. Mai. Sitzung der 1. Strafkammer. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Dölter, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Assessor Dr. Rönneberg.

Der vielfach vorbestrafte Karl Georg Morckhoff, Schreiner aus Karlsruhe, hatte zum Teil allein, zum Teil gemeinsam mit dem Malergehilfen August Nikolaus Schub und dem 17jährigen Malerlehrling Albert Danner in hiesigen Geschäften Kleiderstoffe, einen Anzug, Maffaroni und andere Objekte gestohlen. Ferner trug Morckhoff längere Zeit widerrechtlich das Band des Eisernen Kreuzes und das eines österreichischen Ordens. Es wurden verurteilt: Wegen mehrfachen Diebstahls und unerlaubten Tragens von Ordensabzeichen Morckhoff zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnisstrafe und 3 Jahren Ehrverlust, Schub und Danner wegen Diebstahls zu je 4 Wochen Gefängnis. An den Strafen gehen je 4 Wochen Untersuchungshaft ab.

Der Metzger und Wirt Johannes Schöntag aus Bahnbrücken hatte von Metzgerbüchsen Wurstwaren gestohlen, die an Diebstählen verurteilt. Er war deshalb vom Schöffengericht wegen Hehlerei zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Wegen des Urteils legte Schöntag Berufung ein, die von der Strafkammer verworfen wurde.

Der Schuhmacher Franz Glaser aus Gagsfeld ist in der Nacht zum 30. März in Karlsruhe in einen Laden eingedrungen und stahl dort eine Partie Kleidungsstücke, Damen- und Herrenschuhe, einen Schlafrock, einen Koffer und andere Sachen im Gesamtwerte von etwa 330 Mk. Wegen schweren Diebstahls wurde Glaser zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Wegen Ungebühr erhielt Glaser eine Haftstrafe von 3 Tagen.

Die Haushälterin Karolina Knecht aus Eberbach stahl nach der Anklage von einem Milchfuhrwerke vier Liter Milch, von einem andern Wagen eine leere Milchkanne. Die Knecht hat eine bedeutende Straftat. Die Strafen hat sie durchweg wegen Eigentumsvergehen erlitten. Im Verhandlungstermin verurteilte sich die Knecht damit zu verteidigen, daß sie bestritt, die Milchkanne von einem Wagen genommen zu haben. Sie behauptete, sie habe die Kanne auf der Straße gefunden. Das Gericht beurteilte demgemäß die Knecht wegen Fundunterschlagung zu 3 Wochen Gefängnis und wegen Mordraubs (Diebstahls der Milch) zu 3 Wochen Haft. An der Strafe gehen 5 Wochen Untersuchungshaft ab.

Der Tagelöhner Johann Michel aus Thann i. Elz, öffnete zwei Gasautomaten mit einem falschen Schlüssel und stahl daraus Geldbeträge in Höhe von 4 Mk. und 2 Mk. Seiner Zimmervermieterin entwendete er aus einer unverschlossenen Kommode 5 Mk. bares Geld. Wegen einfachen und schweren Diebstahls wurde Michel unter Einrechnung einer früheren Strafe zu einer Gesamt-Gefängnisstrafe von 5 Monaten Gefängnis, abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt.



Gefallene Badener.

Den Heldentod fürs Vaterland starben:

Zur. Viroangestellter bei den landw. Vereinigungen, Hugo Braun von Karlsruhe-Weierheim. Hoff, Jasser Ferd. Wehlein, Inhaber des Eisernen Kreuzes, von Niefern. Gestr. Theodor Gugler von Kirchheim bei Heidelberg. Rüst. August Dietrich von Dos-Schewern. St. d. R. cand. ing. Hermann Walz, Inhaber des Eisernen Kreuzes, von Offenburg. Hoff. Fritz Munding von Maltersingen. Landst. Oberjäger Heinrich Wolfgang von Freiburg. Gren. Ernst Sandlofer von Sengen und Kriegs-freiw. Rainer Karl Joh von Konstanz.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 13. Mai.

Die Sorgen der Hausgrazier.

Die Wohnungskommission des Reichstages hat bekanntlich beschlossen, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bis zwei Jahre nach dem Friedensschluß eine Steigerung der Wohnungsmieten unter 1200 Mark und der Geschäftsmieten unter 2000 Mark nicht stattfinden darf. Weiter wurde beantragt, daß das Reich die Bürgschaft für 1 1/2 Millionen Mark zur Förderung des gemeindlichen und genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaues übernehmen soll. Gegen diese beiden Anträge wendet sich eine ganz außergewöhnlich scharf gehaltene Eingabe, die der Schutzverband für den deutschen Grundbesitz an den Reichstag gemacht hat. Von einer Festlegung der Mieten wollen die Grundbesitzer nichts wissen, weil dadurch das Kapital von der Betätigung im Häuserbau abgedrängt würde. Für Unterstützung des Kleinwohnungsbaues durch das Reich, können sich die Grundbesitzer natürlich erst recht nicht erwärmen. Ihre Vertreter behaupten, daß der verstärkte gemeindliche und genossenschaftliche Kleinwohnungsbaue ganz sicher die unerwünschte Wirkung hat, daß er die Wettbewerbsverhältnisse zugunsten des bestehenden Hausbesitzes in ungesunder und den Bedingungen der privatwirtschaftlichen Arbeit widersprechender Weise verschiebt und daß er zugleich die Geneigtheit des Privatkapitals, sich im Kleinwohnungsbaue zu betätigen, wesentlich einschränken muß. Schon jetzt ist diese Meinung sehr herabgestimmt, da infolge zahlreicher baupolizeilicher, steuerlicher und sonstiger Eingriffe die Möglichkeit einer ausreichenden Rentabilität sehr beengt worden ist. Tritt vollends dazu ein verstärkter Wettbewerb neuer Häuser von Seiten der Gemeinden und Genossenschaften, ein Wettbewerb, der nicht nach den für privatwirtschaftliche Arbeiten geltenden Grundätzen vorzugehen hat, dann wird die Sachlage für das Privatkapital so ungünstig, daß es sich von dieser Betätigungsart fast ganz zurückziehen muß.

Aus den ganzen Darlegungen ergibt sich nur die Sorge darüber, daß die Rentabilität der Herstellung von Mietshäusern leiden könnte. Die Herren scheinen den Reichstag für eine Art „Auslöschung zum Schutze der Grundbesitzer“ zu halten, sonst hätten sie mit ihren derart begründeten Forderungen nicht an ihn herantreten können.

* **Personenschäden durch Fliegerangriffe.** Der vom Bundesrat gutgeheißene und nun dem Reichstag zugegangene Gesetzentwurf über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet sieht nur die Entschädigung für Sachschäden vor, während bezüglich der Schäden an Leib und Leben der Zivilbevölkerung spätere gesetzliche Regelung vorbehalten bleibt. Da aber die letzte Entschädigung besonders dringlich ist, soll eine gemeinsame Eingabe der badischen Städteordnungs-Städte an das Gr. Ministerium des Innern gerichtet werden mit dem Antrage, die Gr. Regierung möge 1. ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die gesetzliche Regelung der Entschädigung für die fraglichen Schäden möglichst beschleunigt werde.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Die Bühnennusik zur „Basantafena“, welche heute zum erstenmal aufgeführt wird, ist von Hofkapellmeister Lorenz geschrieben worden. — Morgen Sonntag, 14. Mai, wird nach zweijähriger Ruhe „Der Rosenkavalier“ von Richard Strauss wieder aufgeführt.

* **Konzert der Kammerfängerin Annie Gura-Hummel und des Kammerängers Hermann Gura.** Ueber die Stimmlosigkeit des Kammerängers Hermann Gura ist schon viel und oft geschrieben worden. Dazu gesellte sich gestern eine sehr starke Indisposition des Sängers. Trotzdem bleibt es bewundernswert, wie der Künstler den feinsten Inhalt der Werke auszusprechen weiß. Der unglaublichen Energie Guras gelangen sogar einige Töne von überraschender Durchschlagskraft. Jedenfalls hat Gura als Vortragskünstler das Erbe seines berühmten Vaters würdig angetreten. Seine Gattin Annie Gura-Hummel erweist sich einer großen und umfangreichen Sopranstimme, welche aber leider reichlich nasal behandelt wird. Dadurch klingt vieles sehr unedel. In der Mittellage verbraucht die Sängerin im forte sogenannte „hohe“ Luft. Dem Künstlerpaar ist eine ganz vorzügliche Sprachbehandlung nachzuerkennen. Es kamen Lieder von Joh. Brahms, Hugo Wolf, Richard Strauss und August Richard, Johann Duetto von August Richard und Peter Cornelius und schließlich Gesänge aus „Die Meistersinger“, „Die Walküre“ und „Tristan und Isolde“ von Rich. Wagner zum Vortrag. Die Viederduette von August Richard, welche der Komponist selbst feinfühlig begleitet, zeichnen sich durch Flüssigkeit, Formschönheit und Harmonienreichtum aus und wurden von dem nicht gerade zahlreich erschienenen Publikum sehr beifällig aufgenommen. Die übrigen Vortragsstücke begleitete Kapellmeister Alfred Simon mit großer Meisterschaft. Dies gilt in ganz besonderem Maße von der Klavierbehandlung in der Richard-Wagner-Abteilung. Sämtliche Mitwirkenden durften den Dank der Zuhörer entgegennehmen.

* **Freiburg, 13. Mai.** Im Alter von 69 Jahren ist an den Folgen eines Schlaganfalls Dompropst und Domkapellmeister Konstantin Gustav Schwaiger gestorben. Er war 1847 zu Malsburg geboren und wirkte seit 1882 am Freiburger Münster als Domkapellmeister. Die hiesigen Blätter haben in den Nachrufen, welche sie dem Verstorbenen widmen, hervor, daß sich Domkapellmeister Schwaiger in allen Kreisen der Bevölkerung großer Verehrung erfreuen durfte und daß er auf dem Gebiete der Kirchenmusik Hervorragendes geleistet hat.

2. ohne Rücksicht auf die Beschäftigung der Reichsorgane den in Baden durch die Fliegerangriffe Verletzten und den Sinterbliebenen der getöteten Personen angemessene Unterstützung oder Vorentscheidung aus der badischen Staatskasse gewähren.

* **Städtische Kriegsküchen.** Wie man uns mitteilt, wird die Bemerkung, daß zunächst nur Personen, die der Kriegsfürsorge unterstehen, Essen aus den städtischen Kriegsküchen bekommen können, falsch aufgefaßt. Karten können nicht nur Kriegsfamilien, sondern alle bedürftigen Personen erhalten. Wie man hört, soll gestern die Beschaffenheit der Speisen allgemein befriedigt haben.

* **Ein neues Schlachtverbot.** Das Ministerium des Innern hat seine Verordnung vom 12. Februar d. J. betr. Schlachtverbot wie folgt abgeändert: Es ist verboten: 1. Kälber im Alter unter 4 Wochen, 2. Milchkuhe, d. h. Kühe innerhalb 10 Wochen nach dem Kalben oder solche, die täglich mindestens 6 Liter Milch geben, 3. Schweine im Gewicht unter einem Zentner zu schlachten oder zum Schlachten zu verkaufen oder zu fassen. Als über 4 Wochen alt sind Kälber anzusehen, bei denen die 8 Milchschneidezähne vollständig aus dem Zahnfleisch hervorgetreten sind und das Zahnhals so weit zurückgewichen ist, daß der Zahnhals deutlich sichtbar ist. Diese Verordnung tritt mit dem Tag ihrer Verkündung in Kraft.

* **Leberverforgung.** Nachdem trotz wiederholter Bemühungen der Stadtverwaltung bei den zuständigen Stellen eine wirksamere Verbesserung der Leberverforgung der hiesigen Bevölkerung noch eine Ermäßigung der außerordentlich hohen Leberpreise erreicht worden ist, hat der Stadtrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Vorstand des Deutschen Städtetages um geeignete Schritte zu ersuchen.

* **Wiederanbahnung des Unterrichts in der Pflichtenhandelschule.** Auf Antrag des Schulrates und in Uebereinstimmung mit dem Handelsrat und der Handelskammer, die beide gehört wurden, hat der Stadtrat beschlossen, nunmehr auch in der Pflichtenhandelschule den Unterricht in beschränktem Umfang wieder aufnehmen zu lassen. Zunächst soll der jüngste Jahrgang — die an Ostern d. J. aus der Volksschule entlassenen Knaben und Mädchen — zum Schulbesuch herangezogen und statt der vorgeschriebenen neun Wochenstunden sollen nur sechs Stunden Unterricht erteilt werden.

* **Rheinbafenerweiterung.** Die Vereinigungsgesellschaft Rheinischer Brauereien-Bergwerke hat am 1. Mai ihre Anlagen am Rheinbafener (Südwestbafener) dem Verkehr eröffnet, auf dessen ganze Nordfront sich die Anlagen der Gesellschaft erstrecken. Für die Erbauung des Bedens hat der Bürgerausschuß unter 4. November 1912 einen Kredit von 1 322 000 Mk. bewilligt. Mit der Ausführung ist im Juni 1913 begonnen worden und die Fertigstellung war bis Ende 1914 in Aussicht genommen. Durch den Krieg wurden aber die Arbeiten erheblich verlangsamt, so daß sie erst jetzt in der Hauptphase beendet worden sind. Einzelheiten wie Gleisarbeiten, Wasserleitung und dergleichen hatten nach der Fertigstellung. Das Beden selbst stellt eine Fläche von 96 000 Quadratmeter dar; an ihm liegen rund 200 000 Quadratmeter nutzbares Hofgelände, das größtenteils vergeben ist.

* **Böswillige Verdächtigungen.** In Nr. 36 der „Bad. Warte“ vom 5. d. M. ist eine Notiz enthalten, daß wie in anderen Städten auch hier böswilliger Klatsch Nachrichten des Inhalts verbreite, daß der Oberbürgermeister große Mengen Lebensmittel aufstaple. Es ist der Notiz beigefügt: „Es würde nichts schaden, wenn solchen Klatschereien energisch entgegengetreten würde“. Durch ein anonymes Schreiben wurde diese Notiz — unter Weglassung des Schlusssatzes — dem Stadtrat mitgeteilt mit dem Zusatz: „Es geht hier das Gerücht herum, Oberbürgermeister Siegrist hätte kürzlich von einer riesigen Großhandlung (G. H. N.) 1 Zentner 00. Mehl erhalten. Sollte dieses wahr sein, wäre es kein böswilliger Klatsch. Also heraus mit der Farbe. Eine Hausfrau.“ Der Stadtrat debattierte in seiner letzten Sitzung lebhaft, daß sich Leute finden, die so törichte und verächtliche wahrheitswidrige Nachrichten und Unterstellungen erfinden und verbreiten, und ersuchten die Gr. Staatsanwaltschaft, die Urheber und Verbreiter zu ermitteln und ihre strenge Verurteilung herbeizuführen.

* **Schlimme Folgen.** Am 10. d. M. abends wurde der achtjährige Sohn eines Landwirts in Darglanden von dem neunjährigen Sohn eines Wirts daselbst im Streite mit einem Stroh so unglücklich in das linke Auge geschlagen, daß derselbe hierdurch auf dem verletzten Auge das Augenlicht verloren hat.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Samstag, 13. Mai. V. 61. Zum erstenmal: „Basantafena“, Schauspiel in 3 Akten nach dem Indischen des Königs Subrata von Lion Feuchtwanger. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.
Sonntag, 14. Mai. A. 61. „Der Rosenkavalier“, Komödie für Musik in 3 Akten von Richard Strauss. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr. (4.50 Mk.)
Dienstag, 16. Mai. C. 59. „Brand“, dramatisches Gedicht in 5 Akten (6 Bildern) von J. W. v. Goethe. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 11 1/2 Uhr. (Mk.)
Donnerstag, 18. Mai. V. 60. „Viel Lärm um Nichts“, Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 1/2 Uhr. (4 Mk.)
Freitag, 19. Mai. C. 61. „Tristan und Isolde“ in 3 Akten von Rich. Wagner. Anfang 6 1/2 Uhr, Ende 11 1/2 Uhr. (4.50 Mk.)
Samstag, 20. Mai. A. 62. „Basantafena“, Schauspiel in drei Akten (7 Bildern) von L. Feuchtwanger. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 1/2 Uhr. (4 Mk.)
Sonntag, 21. Mai. V. 63. „Die Walküre“ in 3 Akten von Rich. Wagner. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr. (4.50 Mk.)
In Baden-Baden:
Mittwoch, 17. Mai. 82. Wiederholung: „Fra Diavolo“, kom. Oper in 3 Akten von Auber. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 9 1/2 Uhr.
Sonntag, 21. Mai. 8. Sondervorstellung: „Faschenspiele“, Lustspiel in 4 Akten von Adelberg und Schwaner. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Fulius. Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber Georg Bernhart). Inhalt vom 19./20. Heft des 13. Jahrgangs: Der Wund der Metallen. — Antwerpen als billiger Hafen. Von Geh. Regierungsrat Dr. Hermann Schumacher, ord. Professor der Staatswissenschaften, Bonn. — Der Abfall des Kredit-Rhoms. Von Reth. Zutrauen. — Auslands-Spiegel: Der wirtschaftliche Kriegszustand Deutschlands. — Die wirtschaftliche Entente. — Reue der Presse: Diskontveränderungen im Krieg. — Amerikanisches Bankwesen. — Gemeinsame Banknoten der Entente. — Finanznot der Städte. — Verstaatlichung von Handel und Industrie nach dem Krieg. — Umgehau: Kassa-Geschäft und Spielplan. — Güteverfahren. — Gedanken über den Weltmarkt. Von Julius. — Plutus-Werkhof. — Plutus-Archiv: Generalversammlungen. — (Abonnement vierteljährlich per Post, Buchhandlung und direkt vom Plutus Verlag 4.50 Mk. Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Plutus-Verlag, Berlin W. 62, Leipzigerstr. 21.)

* **Warnung vor Salatliefen.** In einem halbamtlichen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ wird erneut vor den Erzeugnissen gewarnt, die zu ganz unüberhältnismäßig hohen Preisen unter der Bezeichnung „Salatliefen“ öffentlich angeündigt und verkauft werden. Die chemischen Untersuchungen haben wiederholt ergeben, daß derartige Erzeugnisse lediglich den Schein der bei der Salatliefenbereitung in Betracht kommenden Dose haben. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß nach dem § 10 des Nahrungsmittelgesetzes bestraft wird, wer Nahrungsmittel zum Zwecke der Täuschung in Handel und Verkehr nachmacht, sowie wer offensichtlich nachgemachte Nahrungsmittel unter zur Täuschung geeigneten Bezeichnungen feilhält; auch das fahrlässige Feilhalten wird mit Strafe bedroht.

Veranstaltungen.

* **Stadtparkkonzert.** Auf das bei günstigem Wetter morgen nachmittag von 4 Uhr ab im Stadtpark stattfindende „Volkstümliche Promenadekonzert“ der Kapelle der Erbk-Abteilung, Feld-Artillerie-Regiments Nr. 50, wird hiermit nochmals aufmerksam gemacht. Bei ungünstigem Wetter fällt das Konzert aus. Näheres im Anzeigenteil.

* **Reifens-Theater, Waldstraße 30.** Für den neuen Spielplan vom Samstag, 13., bis einschließlich Dienstag, 14. Mai, hat die Direktion das Ertauführungsrecht des hervorragenden Films „Ihr bester Schuh“ (Schauspiel in 3 Akten mit Henry Porten in der Hauptrolle) erworben, der zweifellos Anerkennung finden wird. Ferner ist vorgesehen: „Campes Abenteuer“ (Schauspiel in 4 Akten, in der Hauptrolle: Gg. Wajel genannt Campes und Anna Müller-Rinke), ferner die neuesten Kriegsbilder von den Fronten und noch andere gute Filmbilder.

* **Kaiser-Theater, Herrenstraße 11.** Das neue Programm vom Samstag bis einschließlich Dienstag erhält seinen besonderen Reiz durch Herrn Knippen. Als „Minister der Fühnerkunst“ leitet er im Gebiete des Humors wieder Außerordentliches. Das Drama in 4 Akten unter dem Titel „Moloch“ ist von Kopenhagener Künstlern dargestellt, in der Handlung interessant und belehrend. Weiter sieht man im gleichen Programm ein kleines Drama „Frischer Glanz“, dann eine wunderbare Naturaufnahme „Gründung bei Sien“ und die aktuellen Kriegsberichte von den sämtlichen Fronten.

Letzte Nachrichten.

Rücktritt des Staatssekretärs des Innern.

Berlin, 12. Mai. (Amtlich.) Wie wir hören, hat sich der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, wegen seines Gesundheitszustandes genötigt gesehen, sein Abchiedsgesuch einzureichen. Der Minister leidet an Furunkulose als Folge einer leichten Zuckerkrankheit und bedarf nach ärztlichem Rat einer längeren Kur. Ueber die Person des Nachfolgers ist mit Rücksicht auf die schwebenden Organisationsfragen eine Entscheidung erst in einigen Tagen zu erwarten.

Zur Fleischverforgung.

Berlin, 13. Mai. Ueber eine Unterredung mit dem Landwirtschaftsminister v. Schorlemer berichtet ein Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“, der Minister habe über das Ergebnis der Viehzählung geäußert, daß nach den bisherigen Feststellungen verschiedene Viehhändlerverbände den an sie gestellten Anforderungen nachgekommen seien und daß sich von den übrigen daselbst in der Folge gleichfalls erwarten lasse. Die Fleischverforgung werde sich daher in Zukunft wieder günstiger gestalten. Bei den nächsten Ernteausfällen könne von einer Ausbesserung keine Rede sein.

Der Nachfolger Delbrücks.

WW. Berlin, 13. Mai. Als Nachfolger des Staatssekretärs des Innern, Dr. Delbrück, wird, wie der „Berl. Lokal-anzeiger“ hört, u. a. der Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, Graf v. Rödern, genannt, doch dürfen noch andere bewährte Männer für die Leitung des Reichsamts des Innern in Aussicht genommen sein.

Reine Elektrifizierung der Vollbahnen.

Berlin, 13. Mai. Im Finanzausschuß der bayerischen Kammer gab der Verkehrsminister über die Elektrifizierung der Staatsbahnen eine Erklärung ab, daß durch die Erfahrungen des Krieges die Notwendigkeit der Lokomotiven und die Unmöglichkeit der Elektrifizierung der deutschen Staatsbahnen in großem Maßstabe nachgewiesen sei.

Weitere Einrichtungen irischer Rebellenführer.

London, 13. Mai. Amtlich wird gemeldet: James Connolly und John M. O'Donnell, die letzten beiden Unterzeichner des Manifestes der provisorischen Regierung, sind heute Morgen vom Kriegsgericht verurteilt und erschossen worden.

Ein Dokument zum Sarajewoer Mord.

Sarajewo, 12. Mai. (WW.) Von amtlicher Seite wurde hier das nachstehende Dokument veröffentlicht, das bei der Eroberung Serbiens von österreichisch-ungarischen Truppen gefunden wurde:

Belgrader Stadtbewachung. Polizeibehörde.

Nummer. (Vertraulich.)

Belgrad, 17. Juni 1914.

Dem Minister für innere Angelegenheiten.

Ich beehre mich, Sie, Herr Minister, in Kenntnis zu setzen, daß gestern abend drei Personen, gewesene Freischärler, zu Svetolik Savic, dem Eigentümer des Mattes „Balkan“ kamen, um ihm im Auftrage des Majors Tankosic zu übermitteln, daß er in gar keinem Falle in seinem Matt irgend etwas über irgend welche Verbindungen und Beziehungen von Cabrinovic mit hiesigen Persönlichkeiten und deren Bekannten verlauten lassen und überhaupt in seinem Matt nichts schreiben dürfe, was irgend jemand unter den Serben kompromittieren könnte. Sonst würde es böse ausgehen. Zudem ich Ihnen, Herr Minister, Obiges vermelden, beehre ich mich, zu berichten, daß ich Maßnahmen ergreifen habe, um die Namen jener gewesenen Freischärler zu erforschen.

gez.: Der Verwalter Belgrads.

(Unterschrift unleserlich.)

Die Verbindung der Sarajewoer Mörder mit dem königlich-serbischen Major Tankosic wird also hier durch ein amtliches serbisches Dokument neuerlich bekräftigt. Dieses Dokument ist auch deshalb besonders bemerkenswert, weil es beweist, daß bereits am 29. Juni 1914, also am Tage nach

dem Savignier Attentat, der königlich serbische Major Danilo Vorhänge getroffen habe, um die bestehenden Verbindungen Sabini mit Belgrader Persönlichkeiten in der Presse totzuschweigen.

Griechenlands Vergewaltigung.

Athen, 11. Mai. (B. A.) Von dem Vertreter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus. Die Franzosen haben das griechische Fort Dowaiche, nördlich Demichijar, trotz des Protestes der griechischen Regierung besetzt.

Man betrachtet die durch das Verlangen der Verbandsmächte, die serbischen Truppen auf der griechischen Eisenbahn nach Salonik zu bringen, heraufbeschworene Krise über die neue Haltung der griechischen Regierung demnach als sehr erfolgreich.

Keine Antwort an Amerika.

New York, 13. Mai. (Durch Funkpruch vom Vertreter des W.B.) In amtlichen Washingtoner Kreisen erwartet man keine Antwort auf die letzte amerikanische Note und man hofft auch, daß keine Antwort kommen wird, sodaß die Auseinandersetzung beendet wäre und die Aufregung sich legen könnte.

Die Stimmung in Amerika.

New York, 13. Mai. (Durch Funkpruch vom Vertreter des W.B.) Die Presse erklärt sich im allgemeinen mit der letzten nach Berlin gerichteten Mitteilung des Präsidenten einverstanden.

Der Vorsitzende des Ausschusses des Repräsentantenhauses für die auswärtigen Angelegenheiten äußerte, nach seiner Meinung werde die Note die Billigung des Kongresses finden und der Streit über den U-Boot-Krieg werde ihm tatsächlich beendet. Er glaube nicht, daß Deutschland ein bedingungsloses Zugeständnis zu machen beabsichtige, sondern lediglich die Anregung zum Ausdruck brachte, daß wir die durch die britische Blockade geschaffene Lage aufzuklären uns bemühen möchten. — „New York World“ sagt, die Mehrheit des amerikanischen Volkes wünscht keinen Krieg. Das ganze Verlangen bestehe darin, daß der Lösung amerikanischer Bürger ein Ende gemacht werde, wenn sie von ihren gesetzmäßigen Rechten auf hoher See Gebrauch machten.

In Freiheit gefetzte Buren.

Kapstadt, 10. Mai. (B. A.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Heute sind 26 Buren, die am Aufstand beteiligt gewesen waren, wieder in Freiheit gesetzt worden, darunter General Müller, Piet Grobler, van Broekhuizen und von Rensburg. 22 Aufständische befinden sich noch im Gefängnis, darunter die Generale Kemp und Deyssels.

Wasserstand des Rheins.

13. Mai.
Schifferinsel 2,39 m, gef. 5 cm, Neß 3,22 m, gef. 8 cm, Magau 4,83 m, gef. 4 cm, Mannheim 4,10 m, gef. 2 cm.

Verantwortlich für Inhalt, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Koll; für die Druckerei: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Briefkasten der Redaktion.

Hr. St. Der Hauseigentümer ist auch berechtigt, einem Kriegsteilnehmer die Wohnung zu kündigen. Er hat nur die vereinbarte Kündigungsfrist einzuhalten. Ist eine Kündigungsfrist nicht vereinbart, so richtet sich die Kündigungsfrist nach den gesetzlichen Bestimmungen. — Wenn Sie nähere Auskunft haben wollen, so wenden Sie sich brieflich oder aber durch Ihre Frau an das Arbeiter-Sekretariat in Karlsruhe, Wilhelmstraße 47.

Die nächste Badische Note + Gelbblotterie, Lose zu 1 M., findet schon am 26. Mai statt. Der Ertrag der Lotterie kommt den verwundeten badischen Kriegern zugute, die es gewiß tausendfach verdient haben, daß jeder nach Möglichkeit zur Linderung ihrer Leiden gerne beisteuert. Dazu ist durch Kauf oder Verkauf von Note + Losen die beste Gelegenheit geboten, da gerade durch die Lotterie dem Noten + reichliche Mittel zufließen, die zur Pflege der Verwundeten verwandt werden. Der Plan der Lotterie ist außerdem sehr günstig; bei nur geringer Loszahl kommen 3321 Geldgewinne und 1 Prämie mit zusammen 37 000 M. bar ohne Abzug zur Verlosung. Der mögliche Höchstgewinn beträgt 15 000 M., Lose zu 1 M., 11 Lose 10 M., sind bei Lotterie-Unternehmern J. Stürmer, Straßburg i. E., Langstraße 107, Filiale Neß a. Rh., Hauptstraße 47, und allen Losverkaufsstellen zu haben. Wir empfehlen das in der heutigen Nummer erscheinende „Für Stutternde“ besonderer Beachtung.

Billige Wasch-Blusen

weiss und farbig, grosse Auswahl.

1684

PAUL BURCHARD, Kaiserstrasse 143.

Angebotsverfahren.

Herr Betriebssekretär Franz Göttinger und dessen Ehefrau Marie geb. Rauer hier, Viktoriastraße 1, haben den Antrag gestellt, ihr abhanden gekommenes Sparbuch Lit. X. Nr. 699 mit einer Einlage von 126 M. 26 Pf. für fraktion zu erklären.

Der Inhaber des genannten Buches wird daher aufgefordert, solches innerhalb eines Monats von der erfolgten Einreichung an gerechnet, bei der unterzeichneten Kasse vorzulegen, widrigenfalls die Kassenklärung erfolgen wird.

Karlsruhe, den 9. Mai 1916.
Städt. Spar- und Pfand-leihkasse.

Bringe heute Samstag den ganzen Tag prima

Pferdefleisch



zum Verkauf.
Pferdeschlächtere Karlshöhe-Wühlburg mit elektr. Betrieb.
Kupert Schneider, Rheinstr. 56. Tel.-Nr. 1345.
Schlachtpferde werden daselbst jederzeit zu den höchsten Preisen angekauft. 1665

Dr. Wirz, Spezialarzt für innere Krankheiten, Homöopathie und Naturheilmethode.
KARLSRUHE, Georg-Friedrichstr. 2, II. St. 108
Sprechstunden: Morgens 9—10 Uhr, Nachm. 2—4 Uhr.
Selbstverfasste Broschüren: „Diagnose aus den Augen“ Mk. 2.—, „Selbstarzt“ Mk. 2.—, „Nervosität“ Mk. 1.50.
Spezialbehandlungen bei Gicht, Leber-, Magen-, Nieren- und Harnleiden. — Kinder- und Frauenkrankheiten.

Mäntel, Blusen!

Sommermäntel

M. 8.75 14.75 19.75

Schwarze Noire-Jacken

von M. 18.75 an

Schwarze u. bunte Alpaka-

mäntel . . M. 28.75

Wasserdichte Regenmäntel

in braun, lil, grün und blau

M. 29.75 1618

Frühjahrs-Jacken

M. 6.75 9.75 11.75

Covercoat-Paletots, fest

Gürtelform M. 19.75 an

Weisse Blusen M. 1.15 an

Farbige Blusen „1.45“

Große Auswahl an

weissen, schwarzen u. farbigen

Seide- u. Schleierstoffen

Wilhelmstr. 34, Kr.

Keine Ladenspeisen.

Pfänderversteigerung

Am Mittwoch, 17. Mai

1916, vorm. von 9 Uhr an

nachmittags von 2 Uhr an

findet im Versteigerungstokal

des Rathhauses: Schwanebrun. 6,

2. Stock, die

öffentliche Versteigerung der

verkauften Pfänder

Nr. 19004 bis mit Nr. 19031

gegen Barzahlung statt.

Das Versteigerungstokal wird

1/2 Stunde vor Versteigerungs-

beginn geöffnet.

Die Kasse bleibt am Ver-

steigerungstag sowie am Nach-

mittag des vorhergehenden Tages

geschlossen. 1674

Karlsruhe, 6. Mai 1916.

Städt. Pfandleihkasse.

Kriegsinvaliden-Listen

sind eingetroffen und brachten

viele mittlere und kleine Treffer,

die alle sofort ausgestellt oder

tauschen gegen Mannheimer Los-

briefe mit sofortiger Gewinn-

verabfolgung a. Bad. Lotterien-

lose à 1.—, Bayr. Invaliden

à 2.— und Coburger à 3.30.

Carl Götz

Gebelstr. 11/15, 5. Rathhaus,

Karlsruhe. 1682

Fahrrad 35 M., Emailherd

40 M., Klappm. m. d. Kinderb.

Hilgard, Tafelklavier alles bill.

Ruf, Uhr und Verkauft,

Kronenstr. 1. 1683

Herren-Anzug hellgrauer,

aber gut erhalten und sehr

neue Herren-Heiden billig ab-

zugeben. Ansehen von 11—2

Uhr. Kronenstr. 38. 8. Stock.

Gebrüder

Scharff

Wir empfehlen:

Salatöl-

Ersatz

per Ltr. 45 Pfg.

Flaschenpfand m. Kork

16 Pfg.

Suppenmehl

Markg. Oxena.

Vorzüglich. Geschmack.

1/2 Pfd.-Paket 50 Pfg.

1653

Geräte-Versteigerung am
Dienstag, den 16. Mai ds. Jg.
im Geradenmagazinamt (Eingang
am alten Eisenbahnübergang,
Kappelerstr.) von 10 Uhr
öffentlich gegen Barzahlung:
Verschiedene abgängige Geräte,
als: Abstellstühle, Bänke, Bretter-
tische, Dachleitern, Regimal-
schlittenwagen, Fernsprecher,
Kleingewichte, Fußwinden, Gal-
vanometer, Karren, Stiften,
Rechen, Klappentische, Schränke
Strohkorbträger, Radioteles.
Küche, Uhren, Badstransport-
wagen, Wecker für Hausstele-
graphen, sowie 1 Schreibmaschine
(Remington). 1609
Karlsruhe, den 6. Mai 1916.
Rechnungsbureau
der Generaldirektion.

Zur Erweiterung des städt.

Elektrizitätswerkes am Rhein-

hafen sind

1. Schmiedekerne Ober-

lichter (Kinnensprossenkon-

struktion)

2. Vergasungen der Ober-

lichter

3. Zimmerarbeiten

zu vergeben.

Vorbräute können beim städt.

Geschw.amt, Karl Friedrichstr.

Nr. 8, Zimmer 170, abgeholt

werden.

Dieselbst sind auch die Ange-

bote bis

Freitag den 19. Mai 1916

nachmittags 4 Uhr

eingureichen. 1652

Karlsruhe, den 12. Mai 1916.

Städt. Hochbauamt.

Druckfachen fertigt an

Verlagsdruckerei Volkshaus.

Sehr billig abzugeben Damen-

mantel, zwei sehr schöne Jacken-

kostüme, Protetostümmen, Mod. wei-

ßer Protetostümmen 5 M., schön-

er Anabenanzug für 3-jährigen

2.50, Protetostümmen, Prinz-

gekleider, Uhren usw., gute

Korsett's Stid 2.50 Auch Sonn-

tag anzusehen. 25 Karlsruhe, 25,

eine Trepp. 1680

Als Neuerscheinungen empfehlen wir:

Für die Einheit der Partei.

Preis 10 Pfg. (Porto 3 Pfg.).

Sozialdemokratie und nationale Verteidigung.

Herausgegeben vom Vorstand der Sozial-

demokratischen Partei. Preis 40 Pfg. (Porto 5 Pfg.).

Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche An-

näherung Deutschlands u. Oesterreich-Ungarns

Preis M. 1.—. (Porto 10 Pfg.).

Buchhandlung „Volksfreund“

Luisenstraße 21. — Telefon 128.

1681

1682

1683

1684

1685

1686

1687

1688

1689

1690

1691

1692

1693

1694

1695

1696

1697

1698

1699

1700

1701

1702

1703

1704

1705

1706

1707

1708

1709

1710

1711

1712

1713

1714

1715

1716

1717

1718

1719

1720

1721

1722

1723

1724

1725

1726

1727

1728

1729

1730

1731

1732

1733

1734

1735

1736

1737

1738

1739

1740

1741

1742

1743

1744

1745

1746

1747

1748

1749

1750

1751

1752

1753

1754

1755

1756

1757

1758

1759

1760

1761

1762

1763

1764

1765

1766

1767

1768

1769

1770

1771

1772

1773

1774

1775

1776

1777

1778

1779

1780

1781

1782

1783

1784

1785

1786

1787

1788

1789

1790

1791

1792

1793

1794

1795

1796

1797

